



Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
4. November 2019
Deutsch
Original: Englisch

Erklärung der Präsidentschaft des Sicherheitsrats

Auf der 8656. Sitzung des Sicherheitsrats am 4. November 2019 gab die Präsidentin des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes „Die Situation in Guinea-Bissau“ im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

„Der Sicherheitsrat hielt am 31. Oktober 2019 eine nichtöffentliche Sitzung über die jüngsten politischen Entwicklungen in Guinea-Bissau ab.

Mit dem Ausdruck seiner vollen Unterstützung für die am 29. beziehungsweise 30. Oktober 2019 zu diesen Entwicklungen herausgegebenen Kommuniqués der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) und der Afrikanischen Union bekundet der Sicherheitsrat seine tiefe Besorgnis über die soziale und die politische Lage und fordert Präsident José Mário Vaz und die mit der Durchführung des Wahlprozesses betraute Regierung unter Ministerpräsident Aristides Gomes auf, ihre Meinungsverschiedenheiten in einem Geist des Respekts und der Kooperation beizulegen.

Der Sicherheitsrat fordert alle Akteure in Guinea-Bissau auf, den Beschluss der Staats- und Regierungsoberhäupter der ECOWAS vom 29. Juni 2019 uneingeschränkt zu achten.

Der Sicherheitsrat verurteilt die jüngste Gewalt, bei der eine Zivilperson getötet und mehrere verletzt wurden. Er begrüßt die Entscheidung der Regierung, in dieser Angelegenheit eine unabhängige Untersuchung einzuleiten, und sieht deren Ergebnis mit Interesse entgegen.

Der Sicherheitsrat fordert die politischen Akteure Guinea-Bissaus nachdrücklich auf, äußerste Zurückhaltung zu üben, jede Form von Gewalt oder Aufstachelung zu Hass zu unterlassen und sich zur Beilegung ihrer Meinungsverschiedenheiten und zur Erhaltung des Friedens und der Stabilität in dem Land einzig des Dialogs zu bedienen.

Der Sicherheitsrat ermutigt die politischen Akteure in Guinea-Bissau, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um das reibungslose Funktionieren und die Stabilität der staatlichen Institutionen im Einklang mit der Verfassung und den Grundsätzen der guten Regierungsführung zu gewährleisten, und nichts zu tun, was einen Rückfall in die politische und institutionelle Krise provozieren könnte.

Der Sicherheitsrat ergreift die Gelegenheit, die Aufmerksamkeit der politischen Akteure in Guinea-Bissau auf die dringende Notwendigkeit zu richten, die Präsidentschaftswahlen wie vereinbart am 24. November 2019 abzuhalten, um den Wahlzyklus



abzuschließen und so einen friedlichen Übergang der Macht auf eine gewählte Präsidentin oder einen gewählten Präsidenten zu ermöglichen.

In Anerkennung der von allen Beteiligten bislang unternommenen Anstrengungen zugunsten eines friedlichen Verlaufs der Präsidentschaftswahlen ermutigt der Sicherheitsrat die politischen Akteure in Guinea-Bissau zur Zusammenarbeit, um die Fortschritte im politischen Prozess und im Wahlprozess zu erhalten und so den Frieden und die Stabilität, die derzeit herrschen, zu stärken.

Der Sicherheitsrat begrüßt, dass die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Guinea-Bissaus strikte Neutralität wahren und sich nicht in die Politik einmischen, und fordert sie nachdrücklich auf, dies auch während des gesamten Wahlprozesses und politischen Prozesses und darüber hinaus zu tun.

Der Sicherheitsrat erinnert außerdem alle Akteure daran, dass es von ihrem ordnungsgemäßen Verhalten und dem der anderen politischen Akteure abhängen wird, ob der Rat das bestehende Sanktionsregime überdenkt. Er erinnert außerdem alle Beteiligten daran, dass er geeignete Maßnahmen gegen diejenigen, die die Stabilität in Guinea-Bissau untergraben, erwägen wird, im Einklang mit den Resolutionen des Sicherheitsrats zu Guinea-Bissau.

Der Sicherheitsrat bekundet erneut seine nachdrückliche Unterstützung und sein starkes Engagement für den Prozess der Festigung von Frieden und Stabilität sowie für die Entwicklung Guinea-Bissaus in Zusammenarbeit mit den regionalen Akteuren und internationalen Partnern, einschließlich der Gruppe der Fünf (Afrikanische Union, ECOWAS, Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder, Europäische Union und Vereinte Nationen).“
